



# HESSISCHER LANDTAG

08. 06. 2026

## Kleine Anfrage

Sascha Herr (fraktionslos) vom 28.04.2026

### Gewalt gegen Zugbegleiter und Kontrollpersonal im Schienenverkehr – fehlende Datengrundlage und Konsequenzen

und

### Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

#### Vorbemerkung Fragesteller:

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage, Drucksache 21/3576, hat ergeben, dass weder dem Land Hessen noch den Sicherheitsbehörden belastbare Daten zur Anzahl, zu Umständen oder zu Folgen von Angriffen auf Zugbegleiter und Kontrollpersonal im Schienenpersonennahverkehr vorliegen. Damit fehlt eine zentrale Grundlage für die Bewertung der Sicherheitslage sowie für die Ableitung wirksamer Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten. Gleichzeitig verweist die Landesregierung auf verschiedene sicherheitspolitische Initiativen und Maßnahmen, ohne diese auf eine konkrete Datenbasis stützen zu können. Vor diesem Hintergrund besteht weiterer Aufklärungsbedarf hinsichtlich der Verantwortung des Landes sowie der Konsequenzen aus dieser erkennbaren Datendefizitlage.

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1 Aus welchen Gründen hat die Landesregierung bislang keine systematische Erfassung von Angriffen auf Zugbegleiter und Kontrollpersonal im Schienenpersonennahverkehr in Hessen veranlasst?
- Frage 2 Wie bewertet die Landesregierung die Wirksamkeit bestehender und geplanter Sicherheitsmaßnahmen im Schienenpersonennahverkehr, wenn nach eigener Aussage keine belastbaren Daten zu Art, Umfang und Entwicklung entsprechender Gewaltdelikte vorliegen?
- Frage 3 Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung seit dem tödlichen Angriff auf einen Zugbegleiter im Rahmen einer Fahrkartenkontrolle ergriffen, um die Sicherheit von Zugbegleitern und Kontrollpersonal im hessischen Schienenpersonennahverkehr nachweisbar zu verbessern?

Die Fragen 1 bis 3 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung steht in einem ständigen Austausch mit allen einschlägig relevanten Akteuren, um einerseits die aktuelle Sicherheitslage zu besprechen und andererseits entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung zu eruieren. Zu nennen sind hier etwa die Verkehrsministerkonferenz (VMK), der Runde Tisch zur Sicherheit im Bahnverkehr in Rheinland-Pfalz oder die stetige enge Abstimmung mit den hessischen Verkehrsverbänden. Es wird somit sowohl die politische Ebene der Kommunen, Länder und des Bundes adressiert, als auch die operative Ebene der Verkehrsverbände und Verkehrsunternehmen. Ebenso werden Gespräche mit Interessenvertretungen der Branche geführt, wie beispielsweise mit dem Betriebsrat der DB-Regio AG. Durch eine enge Abstimmung, insbesondere mit Verkehrsverbänden und Verkehrsunternehmen, lässt sich ein valides Lagebild erfassen, da es sich bei diesen Akteuren um die Experten der betrieblichen Abläufe handelt.

Im Anschluss an die Verkehrsministerkonferenz am 25. und 26. März 2026 und die dort gefassten Beschlüsse wurden bereits Maßnahmen in verschiedenen Themenbereichen ergriffen, die die Sicherheit im Bahnverkehr teilweise bereits kurzfristig verbessern.

Im Gebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) wurde das Projekt „Tandem-Streife“ verlängert, bei dem auf ausgewählten Linien eine Zugbegleitung durch eine Sicherheitskraft begleitet wird. Der Nordhessische Verkehrsverbund (NVV) setzt seit Mitte Februar 2026 eine Doppelbesetzung von Zugbegleitungen auf ausgewählten Linien der Kurhessenbahn um. Damit wird ein zentraler Punkt der Diskussionen schnell und zielgerichtet umgesetzt.

Der RMV weitet zudem den Einsatz von Bodycams aus, welche freiwillig durch Zugbegleiterinnen und -begleiter getragen werden können.

Die Verkehrsministerinnen und -minister aller Länder haben sich auf der VMK darauf geeinigt, digitale Tickets, insbesondere das Deutschlandticket, so weiterzuentwickeln, dass die Kontrolle von Personalien weitestgehend entbehrlich wird. Eine eingerichtete Task-Force Deutschlandticket sagte kürzlich eine zeitnahe Weiterentwicklung des Tickets zu, um die Kontrollen im Zug zu vereinfachen.

Die genannten Maßnahmen ergänzen die bereits bestehenden, umfassenden Instrumente zur Verbesserung der Sicherheit von Zugbegleitungen und Fahrgästen. Dazu zählen unter anderem eine umfassende Videoüberwachung in Zügen und an Bahnhöfen, Deeskalationsschulungen für Mitarbeitende der Verkehrsunternehmen oder die Möglichkeit eines „Prio-Ruf“-Knopfes zur Benachrichtigung von Sicherheitskräften in Notfällen. Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage, Drucksache 21/3576, verwiesen.

Wiesbaden, 27. Mai 2026

**Kaweh Mansoori**